

Arabischer Antisemitismus und die Entstehung des Nahostkonflikts

Der Mufti, frühe deutsch-arabische Kooperationen und die verheerenden Konsequenzen

Martin Cüppers

Dämonisierungen, Delegitimierungen und Doppelstandards werden im Zuge des Nahostkonflikts permanent gegen Israel in Anschlag gebracht. Wissenschaftlich überzeugend analysiert und facettenreich belegt handelt es sich um zentrale Merkmale eines israelbezogenen Antisemitismus. Trotzdem werden derartige Vorurteilmuster international kaum geächtet (Elbe 2024; Grigat 2023; Cüppers 2013b). Während sich radikale Fraktionen der palästinensischen Nationalbewegung hinter der eigenen Gesellschaft verstecken, um nicht als verantwortliche Akteure, sondern lediglich als Opfer im Konfliktgeschehen wahrgenommen zu werden, zeugen irritierende Begriffe wie „Israelkritik“ von der existenziellen Negation einer ganzen Nation. Bezeichnenderweise liefert eine Suchmaschine der virtuellen Welt 146.000 Treffer für die Wortschöpfung „Israelkritik“, während „Palästinakritik“ gerade einmal 282 Ergebnisse zutage fördert, was verzerrte Wahrnehmungen im Konflikt erahnen lässt.

Faktisch wird wohl kein anderes demokratisches Staatswesen so ausgiebig kritisiert wie Israel. Palästinensische politische Führungen, die bei entsprechender Kompromissbereitschaft vermutlich längst einem eigenen Staat vorstehen könnten, ließen genau diese Bereitschaft substanziell selten erkennen und formulierten stattdessen in aller Regel irrealer Maximalforderungen. Gleichzeitig wird unangemessene Selbstviktimsierung zelebriert, ohne sich dafür ernsthaft rechtfertigen zu müssen. Von außen wird das Geschehen seit Jahrzehnten mit Simplifizierungen begleitet, die Palästinenserinnen und Palästinenser nicht als handelnde Subjekte, sondern nur als bloße Opfer Israels identifizieren. Dabei wird trotz vielfältiger historischer Belege faktisch negiert, wie die Menschen seit 100 Jahren unter ihrer eigenen radikalen, hasserfüllten, kompromisslosen und korrupten politischen Führung leiden (Morris 2001; Schiller 1982; Bethell 1979).

Die angedeuteten Konstellationen ziehen sich in bemerkenswerter Kontinuität durch das Konfliktgeschehen, weshalb es geboten erscheint, eine erkenntnisleitende historische Verortung von Prämissen, Dynamiken und prägenden Akteuren des Nahostkonflikts anzubieten, um politisch bedingten Verzerrungen zu begegnen. Dazu unterstreicht der vorliegende Beitrag insbesondere zwei Aspekte: Erstens hat der Nahostkonflikt nicht, wie fälschlicherweise auch gegenwärtig regelmäßig insinuiert wird, erst 1948 mit der Gründung des jüdischen Staates begonnen. Vielmehr liegt die entscheidende und stilbildende Phase in den drei Jahrzehnten davor. Während dieser Zeit schwanden existierende Perspektiven eines friedlichen Zusammenlebens der Konfessionen, während radikale arabische Fraktionen gleichzeitig kontinuierlich an Einfluss gewannen und sich oft genug überaus gewaltsam gegen moderatere Haltungen durchsetzten.

Zweitens markiert der Nationalsozialismus in den 1930er und frühen 1940er Jahren einen entscheidenden ideologischen und machtpolitischen Faktor, ohne den das Konfliktgeschehen bis in seine heutige Prägung schlicht nicht denkbar ist. Den radikalen Fraktionen der palästinensischen Nationalbewegung lieferten die Nationalsozialisten mit ihrem Vernichtungsantisemitismus die wesentliche inhaltliche Orientierung, wofür diese sich im Gegenzug mit verbreiteter Bewunderung, der Realisierung enger Beziehungen und damit einhergehender Kollaborationsversprechen bedankten. Das kulminierte in der zugespitzten Lage des Sommers 1942, als die Deutschen konkret beabsichtigten, die in Europa längst begonnene Judenvernichtung auch in den Nahen Osten zu exportieren. Abgesehen davon realisierten die Nationalsozialisten mit der Ermordung von sechs Millionen Menschen im Holocaust erst den vorher nicht existenten Machbarkeitsbeweis, wie Antisemitismus in radikalster Deutung praktisch verwirklicht werden kann. Das prägte fortan jede weitere Form von Judenhass mit und befeuerte ab 1948 auch die Feindschaft gegen Israel ganz entscheidend. In ihrer realen und bis in die Gegenwart reichenden Virulenz erscheinen solche historischen Zusammenhänge aber noch immer unterbewertet, weil geographische Räume historisch verinselt und der fatale Stellenwert von Beziehungen, Wechselwirkungen und Kontinuitäten unangemessen kleingeredet wird (exemplarisch Flores 2012; Asseburg 2024; Bartov 2023).

Judenhass – politisches Sektierertum

Im frühen 20. Jahrhundert zeigte sich der Nahe und Mittlere Osten längst nicht in dem Maß von Judenhass geprägt, wie das Jahrzehnte später zur Alltagserscheinung werden sollte. Vielmehr wiesen manche politischen Vorzeichen in eine ganz andere, heute kaum mehr wahrgenommene Richtung. Vor allem der Ausgang des Ersten Weltkriegs sorgte dafür, dass sich für die im Osmanischen Reich über Jahrhunderte eher in einem peripheren Dämmerzustand verharrende Region mit einem Mal hoffnungsvolle Perspektiven abzuzeichnen begannen. Mit jüdischer Immigration auf Grundlage der noch jungen Ideen des Zionismus ging auch die Ankunft moderner landwirtschaftlicher Methoden und ein damit verbundenes Prosperitätsversprechen einher. Gleichzeitig erkannten arabische Politiker sich bietende Optionen und formulierten selbstbewusst eigene Ansprüche, die bei Dialogpartnern sehr wohl ernst genommen wurden (Karsh 2007: 195f.; Cohen 2008: 16f.).

So signalisierten die Haschemiten unter Hussein ibn Ali sowie dessen Söhne Abdallah und Faisal im Ersten Weltkrieg ihre Bereitschaft, sich gegen die Osmanen zu positionieren und auf britischer Seite am Krieg teilzunehmen. Als dann auch im Zuge dieses arabischen Seitenwechsels das Osmanische Reich endete, bewiesen machtbewusste Akteure vor Ort schnell ihre Fähigkeit, die veränderte Situation für eigene Ambitionen zu nutzen. In Syrien proklamierte der dortige Nationalrat Faisal zum König eines neuen Reichs, das sich über Teile des Nahen und Mittleren Ostens erstreckte. Südlich davon, in Jerusalem, und damit in einer geographisch ungleich überschaubareren Region, die dennoch so bedeutsam für drei Weltregionen war, demonstrierten Muslime gleichzeitig für einen sofortigen Anschluss ihres Landstrichs an das neue Königreich (Karsh 2007: 196–199; Khoury 1987).

Im Vorfeld hatte Faisal bemerkenswerte und nicht unbedingt naheliegend erscheinende Kommunikationsfäden geknüpft. Adressat war die zionistische Bewegung gewesen, mit welcher der spätere Regent Anfang 1919 das sogenannte Faisal-Weizmann Abkommen vereinbarte. Darin wurde eine verstärkte zionistisch geprägte Einwanderung ausdrücklich begrüßt, deren willkommene Expertise für eine allgemeine „Kultivierung des Bodens“ hervorgehoben und die Akzeptanz jüdischen Lebens garantiert (Fraser 2009). Das, was als historische arabische Position in heutiger Wahrnehmung kaum mehr denkbar erscheint, war für die Beteiligten damals naheliegend: Es ging darum, in einer historischen Schlüsselpphase Interessen

auszugleichen und Bündnispartner zu gewinnen. Deshalb war es für eine arabische wie für die zionistische Seite so vielversprechend, auf eine Win-win-Situation zu setzen und damit von- und miteinander zu profitieren. Die Motive brachte Faisal auf den Punkt, als er in einem Briefwechsel mit Felix Frankfurter, einem der führenden amerikanischen Zionisten, betonte:

Wir Araber, vor allem die Gebildeten unter uns, hegen tiefe Sympathie für die Zionistische Bewegung; [...] wir werden die Juden in der Heimat herzlich willkommen heißen [...] Wir arbeiten gemeinsam an der Reform und dem Wiederaufbau des Nahen Ostens, und unsere beiden Bewegungen ergänzen einander. [...] Ich glaube in der Tat, dass wir nur wirklich Erfolg haben können, wenn wir zusammengehen. (Zit. n. Brenner 2019: 83; siehe auch Karsh 2007: 209f.)

Folgerichtig entstand auf jüdischer Seite beispielsweise die Organisation Brit Shalom, der so prominente Persönlichkeiten wie die Religionsphilosophen Martin Buber und Gershom Scholem angehörten. Mit Dialogpartnern der muslimischen Bevölkerungsmehrheit wurden dann genau solche Perspektiven eines friedlichen Zusammenlebens diskutiert. Zu der Zeit war auch die zionistische Gewerkschaftsorganisation Histadrut wie selbstverständlich für arabische Mitglieder offen, während beispielsweise in Ägypten bürgerliche Frauen wie Huda Scha'rawi demonstrativ ihren Schleier ablegten, um ihrer Erwartung von Gleichberechtigung und Fortschritt in einer sich in die Moderne entwickelnden Gesellschaft Nachdruck zu verleihen (Schiller 1982: 90f.; Küntzel 2019: 151).

Während unterschiedlichste Fragen von sozialer Gerechtigkeit, Fortschritt und Gleichberechtigung reflektiert wurden, wiesen andere, noch marginale Stimmen schon in eine Gegenrichtung und markierten damit den Willen zur bewussten Abkehr von Visionen eines modernen Orients. Hadsch Amin al-Husseini hieß der etwa 25-jährige Spross einer der einflussreichsten und wohlhabendsten Großfamilien der Region. Privilegiert und vom quasi noch feudalen System sozialer Ungleichheit profitierend, trat er an, um den angeborenen Status zu verteidigen und den politischen Fokus in eine ganz andere Richtung zu lenken. Dabei setzte er aus freien Stücken auf Judenhass als Kernelement seiner Interpretation eines radikalen Nationalismus. Mit solchem, bis dahin unbekannten politischen Sektierertum versuchte er, auf sich aufmerksam zu machen und Anhänger zu gewinnen (Gensicke 1988; Porath 1971; Schechtman 1965). Im April 1920 nutzte er die alljährliche Prozession anlässlich des muslimischen Feiertags *Nabi Musa*, hielt eine aufrührerische Rede und wandelte mit seiner Agitati-

on das fromme Gedenken in eine frühe antisemitische Massenkundgebung um. Als die aufgehetzte Menge unter Parolen wie „Palästina ist unser Land und die Juden sind unsere Hunde“ das Zentrum Jerusalems erreichte, folgte eine Gewaltexplosion mit pogromartigen Begleiterscheinungen, in deren Verlauf fünf Menschen ermordet und hunderte Jüdinnen und Juden verletzt wurden. Erst nach Tagen kehrte in der Stadt wieder Ruhe ein (Wasserstein 1978: 60f.; Segev 2005: 146–155).

Die noch verantwortliche britische Militärverwaltung erkannte im jungen Hadsch Amin einen der Verantwortlichen für die Gewalt und verurteilte ihn zu zehn Jahren Haft; wohlweislich hatte der sich aber rechtzeitig ins benachbarte Syrien abgesetzt. Dann jedoch trat ein vollständiges Umdenken ein, weil die sich gerade konstituierende britische Mandatsverwaltung ausgerechnet auf den jungen Radikalen setzte. Sir Herbert Samuel als neuer Hochkommissar rehabilitierte al-Husseini und ließ ihn zudem in das Amt des Muftis, der höchsten muslimischen Autorität in Glaubensfragen, im Mandatsgebiet hieven. Das Kalkül hinter der erstaunlichen Entscheidung sah vor, den Hetzer in eigene Machtverhältnisse zu integrieren, um ihn auf die Weise kontrollieren zu können – was faktisch zu keiner Zeit gelang (Gensicke 1988: 31–39; Elpeleg 1993: 5–50; Porath 1971).

Vielmehr erlebte das Mandatsgebiet weitere antisemitische Gewaltwellen. Ein Onkel des neuen Muftis, der einflussreiche Musa Kazim al-Husseini, bis 1920 noch Bürgermeister von Jerusalem, fabulierte im März des Folgejahrs zu den Hintergründen: „Die Juden sind Elemente von Zersetzung in vielen Ländern gewesen. [...] Es ist wohl bekannt, dass der Zerfall Russlands durch die Juden stattgefunden hat und ein großer Anteil der Niederlage Deutschlands und Österreichs geht ebenfalls auf ihr Konto.“ (Zit. n. Wasserstein 1978: 97) Bereits zu dieser Zeit kursierte demnach im Nahen Osten ein ganzer Kanon von ursprünglich in Europa formulierten antisemitischen Verschwörungserzählungen, die für eine eigene politische Agenda genutzt wurden.

Der sich als neue politische Praxis manifestierende Judenhass löste eine verhängnisvolle Dynamik aus. Denn die britische Mandatsmacht reagierte auf neue Gewalt mit eher hilflos anmutenden Versuchen, die Lage zu beruhigen. Untersuchungskommissionen des Empire benannten im Nachhinein wiederholt nicht den antisemitischen Terror, sondern vielmehr die jüdische Einwanderung als eigentliche Ursache. In klassischer Schuldumkehr wurde die Opferseite zu Verantwortlichen erklärt. Das wiederum beförderte auf arabischer Seite die Erkenntnis, dass sich Radikalität lohnt. Damit kam eine fatale Erpressungsspirale in Gang, in der die anfangs noch marginalen

palästinensischen Radikalen ihre Haltung von fortgesetzter Radikalisierung und Selbstviktimisierung stetig weiterentwickelten (Mallmann/Cüppers 2006: 16).

Eine weitere schwerwiegende Eskalation ereignete sich im Sommer 1929, als der Mufti in Jerusalem das Gerücht streute, die dortige jüdische Gemeinde wolle sich die muslimischen heiligen Stätten einverleiben. Die haltlose Verschwörungserzählung führte Tage später zu pogromartigen Zuständen in Hebron, bei denen allein 67 Menschen der dort seit Jahrhunderten bestehenden jüdischen Gemeinde ermordet wurden. Allerdings wäre die Opferzahl sicherlich noch viel höher ausgefallen, wenn Muslime nicht etliche ihrer jüdischen Nachbarinnen und Nachbarn versteckt und damit vor dem sicheren Tod bewahrt hätten (Segev 2005: 343–356). Die Ereignisse markieren einen Wendepunkt, mit dem Visionen eines friedlichen Zusammenlebens der Konfessionen endgültig schwanden. Entsprechend stellte auch die bislang im Sinne einer friedlichen Verständigung tätige und noch bis 1933 existierende Organisation Brit Shalom ihre Aktivitäten weitgehend ein, weil es auf arabischer Seite mittlerweile schlicht an Dialogpartnern für derartige Perspektiven mangelte. Die britische Untersuchungskommission, die nach den Ereignissen des Sommers 1929 im Mandatsgebiet eintraf, benannte einmal mehr zwar Verantwortliche auf arabischer Seite, stellte gleichzeitig aber erneut Ursache und Wirkung auf den Kopf, indem jüdische Immigration als Kern des Problems dargestellt wurde (Mallmann/Cüppers 2006: 16). In dem Zusammenhang bezog sich der Mufti in einer Stellungnahme auf *Die Protokolle der Weisen von Zion* und damit auf den in Europa kursierenden antisemitischen Klassiker schlechthin, als er fabulierte: „Das House of Commons ist nichts anderes als ein Rat der Weisen von Zion, von dem wir keine Gerechtigkeit zu erwarten haben!“ (Zit. n. Jorda 1943: 194)

Damit endete die erste Dekade nach anfänglich hoffungsvollen Perspektiven für die Region mit gewalttätigen Ansätzen eines sektiererischen palästinensischen Nation-Building. Das brach mit allen Visionen eines möglichen friedlichen Zusammenlebens im entstandenen Mandatsgebiet von Palästina und propagierte vielmehr einen bis dahin in der Region kaum bekannten, mit Ideologieversatzstücken aus Europa entscheidend aufgeladenen Antisemitismus, der gerade im Hinblick auf die im folgenden Jahrzehnt auf dem europäischen Kontinent stattfindenden Ereignisse nichts Gutes versprach.

„Erlösungsantisemitismus“ – Beiträge des Nationalsozialismus

Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten im Deutschen Reich Ende Januar 1933 veränderten sich politische Orientierungen auch im Nahen Osten tiefgreifend. Radikale mussten künftig nicht mehr nur Vorurteilmuster aus Europa abschöpfen, sondern konnten sich in ihrem Judenhass viel konkreter an einer rasant wiedererstarkenden Großmacht orientieren. Wie sich im Weiteren facettenreich zeigen sollte, übte dabei vor allem die nationalsozialistische Version von Judenfeindschaft eine besondere Strahlkraft auf Radikale im Orient aus. Treffend als „Erlösungsantisemitismus“ analysiert, suggerierte diese wahnhafte Vorurteilsform, dass nur durch eine konsequente Bekämpfung jüdischen Lebens die eigene Existenz gesichert werden könne, wonach dann eine strahlende Zukunft zu erwarten sei (Friedländer 2000: 96–128).

Einen Anfang bei den Avancen machte prompt Amin al-Husseini, der dem deutschen Generalkonsul in Jerusalem im frühen März 1933 seine Aufwartung machte und dabei unmissverständlich seine Bewunderung für Hitler und die Nationalsozialisten zum Ausdruck brachte. Zudem unterstrich er die Hoffnung, die in Deutschland an die Macht gekommene politische Bewegung möge sich künftig weiter ausbreiten. Es folgten ungezählte weitere Sympathiebekundungen an die Adresse der Nationalsozialisten, die deutlich machten, wie die neuen Berliner Machthaber in Teilen der arabischen Welt bewundert wurden und welche ideologische Stoßrichtung dabei besonders wahrgenommen wurde.

In einem Telegramm aus Jerusalem war etwa Folgendes zu lesen: „Die arabische Jugend Palästinas bittet höflichst den einzigen Führer Deutschlands, den Verkauf der deutschen Schnellerschule samt ihren Ländereien an die Juden zu verhindern, damit dieser Verkauf nicht zur Verjudung des Heiligen Landes beiträgt.“ (Notiz Auswärtiges Amt (AA), 27.07.1935, Bundesarchiv, R 43 II/1420) Ein Hanaf Hassan schrieb dem deutschen Konsul in Haifa großzügig, das „Land Palästina gehört nicht nur uns Arabern, sondern auch den Deutschen mit, und ich hoffe von Ihnen, Herr Konsul, dass Sie uns helfen, das Heilige Land von den Juden zu befreien und hoffe, dass wir alle Brüder sind, so Gott will“ (undatierte Abschrift, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), R 104790). Nun könnten solche Sympathiebekundungen als irrelevante Schrulligkeiten abgetan werden, wenn die Nationalsozialisten ab den späteren 1930er Jahren nicht zu einem bestimmenden ideologischen, propagandistischen, ökonomischen

und schließlich auch militärischen Faktor im Nahen Osten geworden wären.

Entscheidend eskalierte die unheilvolle Entwicklung im Frühjahr 1936, als das britische Mandatsgebiet von einer neuen Gewaltwelle heimgesucht wurde. Vereinzelte Morde an Juden wurden Anfang April einmal mehr von deren Seite vergolten, doch diesmal blieb es nicht bei solchen partiellen Gewaltausbrüchen. Vielmehr eskalierten arabische Politiker die Lage systematisch. Auf Initiative des Muftis schlossen sich sechs arabische Parteien im Mandatsgebiet zum sogenannten „Arabischen Hohen Komitee“ zusammen, dessen Vorsitz al-Husseini selbst übernahm. Umgehend forderte er das Ende weiterer jüdischer Einwanderung und ließ Aufrufe zur Befolgung eines Generalstreiks veröffentlichen, um der Position Nachdruck zu verleihen. Schnell brachte der Streik das arabische Geschäftsleben zum Stillstand, vor allem eskalierte gleichzeitig die Gewalt im Mandatsgebiet in einer bisher nicht dagewesenen Dimension (Kupferschmidt 1987; Mallmann/Cüppers 2006: 24–27).

Erst Monate später konnte die explosive Lage durch Vermittlung benachbarter Regierungen beruhigt werden. Daraufhin wurde aus London schnell wieder eine neue Untersuchungskommission angekündigt. Unter dem Vorsitz von Lord William Robert Peel traf diese im November 1936 vor Ort ein und machte sich umgehend an die Arbeit. Dutzende von Politikern und Honoratioren der arabischen wie jüdischen Seite wurden gehört, wobei Verantwortliche und Zeugen der neuerlichen Gewalt vor der Peel-Kommission tiefe Einblicke in die Realitäten des Landstrichs vermittelten. 1937 erschien schließlich der Abschlussbericht, der ein bemerkenswertes Urteil bereithielt. Weil Peel mit seinen Mitarbeitern die Gegensätze zwischen der muslimischen und jüdischen Seite als unüberbrückbar klassifizierte, plädierten die Briten für die Errichtung zweier unabhängiger Staaten – eines kleineren jüdischen im nordwestlichen, und eines weit größeren arabischen Staates im mittleren und südlichen Teil des Mandatsgebiets. Damit hätte die arabische Seite ganze 75 Prozent und der Jischuw, die jüdische Seite, 20 Prozent des Territoriums für den Aufbau eines eigenen, jeweils unabhängigen Staatswesens zur Verfügung gehabt, während Jerusalem mit den heiligen Stätten und einem schmalen Korridor zum Mittelmeer unter internationaler Verwaltung bleiben sollte (Hurewitz 1950: 72f.; Porath 1977: 220f.).

Zwar hatte man sich auf jüdischer Seite mehr erhofft, trotzdem wurde letztlich Zustimmung zum Peel-Plan signalisiert. Ganz anders dagegen fiel die arabische Reaktion aus. Die harsche Ablehnung des Vorschlags ging

einher mit neuerlichen Maximalforderungen nach dem ganzen Mandatsgebiet, womit der Peel-Plan faktisch Geschichte war. Damit bliebe aber noch festzuhalten, dass die vom Mufti geführte arabische Seite in dieser historischen Situation ihre eigene, zentrale Forderung nach nationaler Unabhängigkeit leichtfertig selbst verraten hat. Nie mehr danach ist ein Kompromiss formuliert worden, der einen arabischen Staat Palästina in einem derart großen Teil des Mandatsgebiets vorsah (Mallmann/Cüppers 2006: 27–29; Küntzel 2019: 52–57, 122). Bezeichnenderweise sah zehn Jahre später der UN-Teilungsplan von Ende 1947 nur mehr 43 Prozent der Fläche für die arabische Seite vor, und alle späteren, bis in die Gegenwart diskutierten Kompromisse hinsichtlich einer Zweistaatenlösung beinhalten ein noch ungünstigeres Verhältnis für die arabische Seite.

Gleichzeitig aber machten führende palästinensische Politiker den Menschen im Widerspruch zu aller Realität bis in die Gegenwart glaubhaft, für ein zukünftiges Palästina wäre noch das gesamte Gebiet erreichbar. Die verstockte Kompromisslosigkeit und das Fabulieren von einer vermeintlichen „From the River to the Sea“-Lösung markieren demnach seit 1937 eine katastrophale Form von Politikversagen, die es zu verantworten hat, dass alle Aussichten auf ein unabhängiges Palästina wegen dieser Blockadehaltung faktisch immer unvorteilhafter ausfallen. Da aber kaum jemand den Konflikt auf palästinensischer Seite historisch-kritisch reflektiert, können illusorische Maximalforderungen weiter auf der Agenda bleiben, während die verpassten Chancen keineswegs den jeweiligen eigenen politischen Führern, sondern immer nur der jüdischen Seite angelastet werden.

Unmittelbar nach der geschichtsträchtigen Ablehnung des Peel-Teilungsplans durch den Mufti eskalierten die Gewaltverhältnisse in einer zweiten Phase des sogenannten „Arabischen Aufstands“ aufs Neue. Nun begann auch das nationalsozialistische Deutschland, die ausufernde antijüdische und antibritische Gewalt mit erheblichen Finanzmitteln und Waffen zu unterstützen (Mallmann/Cüppers 2006: 79f.). Mit der Kufiya, einem von Männern im gesamten Orient getragenen Kopftuch, wurde plötzlich auch ein bislang unverdächtiges Stück Stoff zum politischen Signet erhoben. Anschaulich beschrieb der deutsche Generalkonsul von Jerusalem, Herbert Dittmann, den Zusammenhang:

Es wurde plötzlich die Parole ausgegeben, dass jeder, der sich zur nationalen Sache Palästinas bekenne, die gleiche Kopfbedeckung wie die Aufständischen – Kaffieh und Agal (Kopftuch und doppelte Kordel) – tragen müsse. Diesem Gebot hat sich die gesamte arabische Bevölkerung

Palästinas – Mohammedaner wie Christen, Effendis wie Fellachen – gebeugt, so dass heute die jahrhundertealte Kopfbedeckung der städtischen Araber, der Tarbusch, ausnahmslos verschwunden ist und die Städte Palästinas ein äußerlich ganz verändertes Bild bieten. (DGK Jerusalem an AA, 14.09.1938, PAAA, R 104790)

Der Nazi-Schriftsteller Kurt Fischer-Weth, der die Region in jenen Tagen bereiste, ergänzte, wie solche Anweisungen durchgesetzt wurden:

In einer baumbestandenen Straße der Altstadt von Jerusalem findet sie die Polizei: zwei Araber, mit dem Gesicht auf dem Boden liegend, offenbar durch Schüsse in den Rücken niedergestreckt, die Einschussstelle aber sorgfältig mit jener bekannten Kopfbedeckung verdeckt, die man in Europa ‚Fez‘, im Orient jedoch ‚Tarbusch‘ nennt. Einer der beiden Toten ist ein namhafter Rechtsanwalt, der andere ein wohlhabender Hausbesitzer. Die Kugeln, an denen sie verblutet sind, stammen weder aus jüdischen, noch aus britischen Schusswaffen [...] Die beiden sind Araber, die von Arabern erschossen worden sind. Sie hatten das Verbrechen begangen, die letzten Anweisungen des Generals der Freischaren unbeachtet zu lassen, die wenige Tage zuvor an allen Ecken Jerusalems zu lesen waren. (Fischer-Weth 1943: 82f.; siehe auch Schattenfroh 1940)

Treffend ist damit ein Charakteristikum dieser zweiten Phase des „Arabischen Aufstands“ angedeutet: Der Terror wandte sich nicht mehr vorrangig gegen Jüdinnen, Juden oder die Mandatsmacht, sondern vielmehr gegen die vergleichsweise moderate arabische Mehrheitsbevölkerung. Opferzahlen veranschaulichen den Befund. Demnach starben in den Jahren 1936 bis 1939 547 Angehörige des Jischuw durch Araber. Die Toten auf der eigenen, muslimischen Seite bezifferten sich mit insgesamt 494 Menschen auf eine ähnliche Größenordnung. Noch eindeutiger berichtete die *New York Times* dazu im Oktober 1938: „More than 90 % of the casualties of the last few days have been inflicted by Arab terrorists on Arabs“ (NYT, 15.10.1938; siehe auch Bowden 1975: 147; Kolinsky 1992: 162).

Die Wirkung des Konflikts wies mittlerweile weit über die Grenzen des Mandatsgebiets hinaus. In der zweiten Phase des „Aufstands“ sollte es radikalen Judenhassern gelingen, ihr Anliegen zur verpflichtenden Glaubensfrage für fromme Muslime zu erheben und generell zu konfessionalisieren. Zudem wurde das Geschehen internationalisiert, weil sich Radikale aus der gesamten Großregion aufmachten, um im Mandatsgebiet für die Sache des Muftis zu kämpfen. Das zweite Jahrzehnt der Versuche eines antisemitisch

ausgerichteten Nation-Buildings im Mandatsgebiet von Palästina endete somit in den späten 1930er Jahren mit unbestreitbaren Erfolgen: Die Radikalen um den Mufti hatten sich innerhalb der muslimischen Mehrheitsbevölkerung mit massivem Terror durchsetzen können, zudem hatte der Konflikt weit über den Landstrich hinaus Unterstützer und Fürsprecher gewonnen. Moderatere Stimmen dagegen hatten Seltenheitswert bekommen, und sie riskierten bei der Formulierung von Kritik gegen die unmenschliche Orientierung seitdem ganz unmittelbar ihr Leben (Mallmann/Cüppers 2006: 35–38).

Angesichts all dieser radikalen Mobilisierungen knickte die britische Mandatsmacht ein weiteres Mal vor dem arabischen Gewaltpotenzial ein und beschränkte 1939 die jüdische Immigration massiv. Seitdem mussten Jüdinnen und Juden ihr *Erez Israel* vielfach auf illegalen und damit oft genug lebensbedrohlichen Wegen erreichen (Elpeleg 1993: 52–54; Sykes 1967: 213–215; Hurewitz 1977: 98–100). Das wiederum markierte im Hinblick auf den in Europa beginnenden Weltkrieg und den gleichzeitig realisierten Holocaust eine verheerende Entwicklung.

Militärische Intervention – Exportversuch des Holocaust

Mit dem ab September 1939 begonnenen Vernichtungskrieg in Europa entwickelte sich schon bald eine Dynamik, die den Nahen Osten mit direkter militärischer Intervention durch das nationalsozialistische Deutschland bedrohte. Wegen einer kläglich gescheiterten Offensive des faschistischen Achsenpartners Italien in Libyen hatte Hitler im November 1940 mit seiner militärischen Weisung Nr. 18 die Entsendung einer Panzerdivision für Nordafrika angewiesen. In direkter Konsequenz landeten unter dem Decknamen *Unternehmen Sonnenblume* ab Anfang Februar 1941 25.000 Wehrmachtssoldaten mit umfangreichem militärischem Gerät unter dem Befehl von Generalleutnant Erwin Rommel im libyschen Tripolis. Schnell gingen die Deutschen mit den italienischen Truppen zur Offensive über, die sie in den folgenden Monaten bedrohlich weit nach Osten führen sollte.

Dass die deutsche Intervention längst nicht nur begonnen hatte, um den Achsenpartner zu stützen, sondern darauf ausgelegt war, weitreichende eigene, nationalsozialistische Visionen im Großraum zu verwirklichen, hatte sich früh abgezeichnet. Die Richtung hatte beispielsweise Oberstleutnant Bernhard von Loßberg vom Wehrmachtsführungsstab Anfang 1941 skizziert, als er formulierte, es sei „höchste Zeit, dass wir die politische Arbeit im

Mittleren Orient künftig von Deutschland aus steuern“, um dann noch hervorzuheben:

Hierzu gehört, dass wir als Kriegsziel der Achse die Selbständigkeit der Araber anerkennen. Wir sind insofern gut daran, als wir den Arabern keine nur ‚erträgliche‘ Regelung der Judenfrage in Palästina zu versprechen brauchen, sondern mit gutem Gewissen den Arabern auf diesem Gebiet jede Konzession machen können. (OKW/WFSt/Abt.L an OKW/Ausl/Abw, 07.01.1941, PAAA, BA 61179)

Eine solche Erwähnung gemeinsamer antisemitischer Motive im Nahen Osten war zwar mit der direkten militärischen Intervention in Libyen faktisch ein Stück näher gerückt, blieb vorerst aber sowohl wegen der noch erheblichen strategischen Distanz zum Mandatsgebiet als auch wegen einer Anfang 1941 noch wenig konkreten „Regelung der Judenfrage“ auf nationalsozialistischer Seite eher Absichtserklärung. Im weiteren Jahresverlauf sollte sich daran jedoch Grundlegendes ändern. Mit dem Angriff auf Stalins Sowjetunion setzten die Nationalsozialisten im Sommer eine Entwicklung in Gang, die alle bisherigen Konzeptionen in nie dagewesener Weise radikalisierte. Nach anfangs noch fast ausnahmslos gegen jüdische Männer gerichteten Erschießungen eskalierten SS und Polizei im Baltikum, in Belarus und der Ukraine eine Praxis, die binnen Wochen in einer unterschiedslosen Ermordung jüdischer Kinder, Frauen und Männer mündete. Erstmals überhaupt wurde dabei jüdisches Leben ganzer Landstriche vernichtet, und anfangs noch hunderte Opfer einzelner Massaker mussten bald darauf in Größenordnungen von Zehntausenden gezählt werden (Matthäus 2003; Cüppers 2005: 175–186).

Damit war ein vorher schlicht nicht existenter, richtungsweisender Machbarkeitsbeweis erbracht: Die „Endlösung der Judenfrage“ erschien plötzlich, ganz anders als bisher projiziert, nicht mehr mit Hunger oder Vertreibung, sondern im Sinne eines unterschiedslosen Massenmords an Millionen Menschen realisierbar. Dieser vollkommen neuen Erkenntnis folgte Wochen später konsequenterweise die Richtungsentscheidung der nationalsozialistischen Führung, die in der Sowjetunion begonnene Vernichtungspolitik auf den gesamten deutschen Machtbereich auszudehnen (Browning 2003: 457–460, 604–609). Eine Äußerung Hitlers offenbart dabei unheimlich, dass diese Grundsatzentscheidung zum Holocaust nicht auf den Kontinent begrenzt bleiben sollte. Anlässlich einer Besprechung mit Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich äußerte der „Führer“ am 25. Oktober 1941: „Es ist gut, wenn uns der Schrecken vorangeht, dass wir

das Judentum ausrotten. Der Versuch, einen Judenstaat zu gründen, wird ein Fehlschlag sein. Wir schreiben die Geschichte auch wieder neu: vom Rassenstandpunkt aus.“ (Zit. n. Jochmann 1980: 106) Die vage und gleichzeitig prototypisch Hitlers Herrschaftsstil entsprechende Äußerung hatte wie viele vergleichbare Formulierungen bald praktische Konsequenzen zur Folge – sowohl in Europa als auch im Nahen Osten.

Für eine Verwirklichung derartiger Ambitionen war mit Amin al-Husseini ein prominenter Bündnispartner in der Reichshauptstadt eingetroffen, der sich fortan als zentrale Stimme einer arabisch-nationalsozialistischen Achse zur Verwirklichung eines gemeinsamen Vernichtungsantisemitismus erweisen sollte. Dazu wurde er von Hitler persönlich schon am 28. November 1941 in der Neuen Reichskanzlei empfangen, wobei sich beide in ihrer antijüdischen Intention vollkommen einig zeigten. Im Weiteren besprach sich al-Husseini unter anderem mit SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, dem Referatsleiter für „Judenangelegenheiten“ der Gestapo. Dem konnte er bei der Gelegenheit mitteilen, dass Himmler ihm bereits die Entsendung eines „Judenberaters“ für Jerusalem versprochen habe. Es folgten Visiten in nationalsozialistischen Konzentrationslagern und eine intensive Einbindung in die Rundfunkpropaganda Richtung arabische Welt, wobei al-Husseini mehrmals zum Dihad gegen Juden und Briten aufrief (Mallmann/Cüppers 2006: 105–118).

Nun stellen sich solche Aufrufe, Treffen und Visiten zwar als vielsagend dar, hatten aber mit den strategischen Positionen der Wehrmacht im westlichen Libyen noch keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Jischuw im Mandatsgebiet. Das aber begann sich im Frühsommer 1942 tiefgreifend und spektakulär zu ändern. Rommel hatte mit einer erfolgreichen Offensive gegen die britische Gazala-Stellung im Juni einen großen militärischen Erfolg verbuchen können und setzte dem in östlicher Richtung zurückweichenden Feind mit seinen deutschen und italienischen Verbänden nach. Die als uneinnehmbar geltende Festung Tobruk fiel binnen eines Tages – für Premier Winston Churchill einer seiner schlimmsten Momente im gesamten Weltkrieg. Von der Weltöffentlichkeit gebannt verfolgt, setzten die Achsentruppen ihren Vormarsch fort, überquerten die Grenze zu Ägypten, dort fiel mit Marsa Matruh eine weitere Festung am 29. Juni. Tage später erreichte die deutsch-italienische Panzerarmee eine nur mehr als schwach eingeschätzte letzte Frontlinie vor Alexandria und Kairo, die nach einer völlig unbedeutenden Bahnstation benannt war: El-Alamein. Rommel bedrohte mit seinen Truppen nun ganz Ägypten, was zur Folge hatte, dass Muslime in Kairo britische Soldaten mit Hochrufen auf Hitler und seinen

prominenten Generalfeldmarschall verhöhnten (Mallmann/Cüppers 2006: 133–135).

Der wiederum skizzierte in jenen Tagen seine unmittelbare militärische Perspektive auf einer persönlichen Karte. Zwei Stoßrichtungen markierte er dazu im Anschluss an die binnen Tagen erwartete Überwindung der Front bei El-Alamein: Die Einnahme Kairos einerseits und andererseits das Erreichen des strategisch wichtigen Tiefseehafens von Alexandria. Genau dort hatten britische Militärs im berühmt gewordenen „Ash Wednesday“ bereits Unterlagen unterschiedlichster Stäbe verbrannt, weil das baldige Erscheinen der Wehrmacht als derart gesichert galt. Wie Rommel mit forschem Buntstift auf seiner Karte weiter skizzierte, sollten die deutschen und italienischen Truppen anschließend den Suezkanal erreichen. Gleichzeitig wurden nähere Erkenntnisse für die sich unmittelbar daran anschließenden militärischen Ziele angefordert. Rommel erfuhr so, dass Unterkünfte für seine Männer im Mandatsgebiet von Palästina kaum in akzeptabler Qualität seitens der arabischen Mehrheitsbevölkerung zu erwarten seien. Jüdische Häuser könnten dagegen sehr wohl genutzt werden (Mythos 2008: 67; Mallmann/Cüppers 2006: 129–135, 162f.).

Das strategische Gesamtscenario, das sich im Sommer 1942 entfaltete, hatte wiederum Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop dem japanischen Botschafter Hiroshi Oshima am 9. Juli während eines gemeinsamen Treffens euphorisch vermittelt:

Wenn es uns jedoch gelänge, Russland als Hauptbundesgenossen für England und USA auszuschalten und über den Kaukasus nach Süden vorzudringen, während Rommel auf der anderen Seite über Ägypten in den vorderen Orient vorstieße, so wäre der Krieg gewonnen. In den letzten vier Wochen seien wir auf jeden Fall diesem Ziel viel nähergekommen, als es die deutsche Führung bei allem Optimismus sich erhofft hätte. (Aufzeichnung Gottfriedsen, 10.07.1942, zit. n. ADAP 1974: 129f.)

Angesichts aller spektakulären militärischen Erfolge in Nordafrika sowie der gleichzeitigen, weit ausgreifenden Offensiven im Ostkrieg fanden zusätzliche Planungen der nationalsozialistischen Führung statt. Dabei ging es um die Frage, wie diesmal, analog zum bisherigen Vorgehen auf dem europäischen Kontinent, Vernichtungspolitik begleitend implementiert werden könnte. Himmler besprach sich in der Sache am 1. Juli mit dem Chef seines Auslandsgeheimdiensts, Walter Schellenberg. Bei der Gelegenheit wurde die Aufstellung eines SS-Kommandos für den Nahen Osten vereinbart. Noch am gleichen Tag fand ein Gesprächstermin bei Hitler

statt, wobei der „Führer“ Himmler die Aufstellung und Entsendung prompt genehmigte. Genau genommen waren sogar zwei SS-Kommandos für den Nahen Osten vorgesehen. So wurde ein erstes Kommando in Marsch gesetzt, um wie im Vorjahr in der Sowjetunion wichtigen Schriftverkehr sicherzustellen und Kulturgüter zu plündern. Für die zweite Truppe wurde hingegen wie im Krieg gegen Polen 1939 und die Sowjetunion 1941 ein vorrangig auf die jüdische Bevölkerung abzielender, genozidaler Einsatzauftrag festgeschrieben (Cüppers 2013a: 148–151).

Die Führung dieses zweiten SS-Einsatzkommandos wurde mit Obersturmbannführer Walther Rauff einem Mann übertragen, der bereits auf vielsagende Expertise beim Holocaust verweisen konnte. Bis zu seinem Auslandseinsatz war Rauff Leiter der Technischen Abteilung im Reichssicherheitshauptamt gewesen, womit er unter anderem direkt verantwortlich für die Ausstattung der mit der Realisierung der Massenerschießungen befassten Einsatzgruppen in der deutsch besetzten Sowjetunion mit Waffen und technischem Gerät gewesen war. Außerdem hatte er mit der Entwicklung der sogenannten Gaswagen eine alternative Mordmethode verantwortet, um so, wie von Himmler angeregt, die beim Massenmord eingesetzten Täter psychisch zu schonen und deren mentale Gesundheit sicherzustellen. Letztlich wurden mehrere Dutzend dieser auf Lastwagen montierten, mobilen Gaskammern im Holocaust eingesetzt, denen etwa 400.000 Menschen zum Opfer gefallen sein müssen (Cüppers 2013a: 109–140).

Mit seinem Auslandseinsatz im Nahen Osten bekam Rauff nun 1942 die Gelegenheit, sich für weitere Karriereschritte zu bewähren. Rommel wurde die Entsendung des SS-Kommandos per Fernschreiben am 13. Juli angekündigt. Die darin enthaltene Schlüsselformulierung, es sei „berechtigt, im Rahmen seines Auftrages in eigener Verantwortung gegenüber der Zivilverwaltung Exekutivmaßnahmen zu treffen“, liest sich auf den ersten Blick eher unverdächtig. Erhellend ist jedoch der Zusammenhang, dass genau die identische Wortwahl aus einem Schriftstück des Vorjahrs einfach übernommen wurde, mit dem Wehrmacht und SS die Verwendung der vier für den Vernichtungskrieg in der Sowjetunion bestimmten Einsatzgruppen geregelt hatten. Das Wording hatte dann binnen eines halben Jahres die Ermordung von insgesamt 500.000 jüdischen Kindern, Frauen und Männern zur Folge gehabt. Vor dem Hintergrund hatte sich die Vereinbarung für SS wie Wehrmacht offenbar so „bewährt“, dass der Satz im Sommer 1942 für den neuen Einsatzzweck im Orient unverändert übernommen wurde (Mallmann/Cüppers 2006: 138).

Im britischen Mandatsgebiet realisierte der Jischuw die existenzielle Bedrohung durch die Nationalsozialisten, wenn auch die konkreten Planungen hinsichtlich eines Holocaustexports unbekannt blieben. Manche nahmen allein das Näherrücken der deutschen Truppen zum Anlass, um das eigene Zuhause zu verlassen und vorsichtshalber anderswo Zuflucht zu suchen. Einzelne versteckten sich in christlichen Klöstern, andere wählten sogar den Freitod, um den Nationalsozialisten nicht in die Hände fallen zu müssen. In Jerusalem tauchten in diesem denkwürdigen Sommer über Nacht geheimnisvolle Kreidezeichen an Wohnhäusern jüdischer Bürger auf. Bald stellte sich heraus, dass arabische Nachbarn damit versuchten, zukünftigen Besitz zu markieren, weil mit der erwarteten Ankunft der Deutschen offenbar fest davon ausgegangen wurde, dass die ursprünglichen Bewohnerinnen und Bewohner dort keinesfalls bleiben würden (Koestler 1949: 80; Mallmann/Cüppers 2006: 174–182).

Die Schreckensperspektive ergänzte der NS-Propagandasender *Radio Berlin* in seinem arabischsprachigen Programm am 7. Juli mit einem unmissverständlichen Aufruf, in dem es hieß:

Ihr Araber Syriens, des Irak und Palästinas, auf was wartet Ihr noch? Die Juden planen, eure Frauen zu vergewaltigen, eure Kinder zu massakrieren und euch zu zerstören. Gemäß der muslimischen Religion ist die Bewahrung eures Lebens eine Aufgabe, welche nur durch die Vernichtung der Juden erfüllt werden kann. Das ist eure beste Gelegenheit, diese schmutzige Rasse zu beseitigen [...]. Tötet die Juden, brennt ihren Besitz nieder, zerstört ihre Läden, löscht diese niederträchtigen Unterstützer des britischen Imperialismus aus. eure einzige Hoffnung auf Erlösung besteht darin, die Juden zu vernichten, bevor sie Euch vernichten. (Zit. n. Herf 2009: 126)

Deutlicher kann ein Mordaufruf gegen jüdisches Leben wohl kaum formuliert sein, womit das Gesamtszenario des Sommers 1942 erahnen lässt, was mit einem Vordringen deutscher Truppen ins britische Mandatsgebiet einhergegangen wäre und was die SS-Todesschwadron unter Rauff vor Ort im Konkreten realisiert hätte. Glücklicherweise aber erreichten weder Rommel noch Rauff jemals Jerusalem oder die Strände von Tel Aviv. Vielmehr vermochte sich wider Erwarten die britische 8. Armee an der Front vor El-Alamein militärisch durchzusetzen. Über den gesamten Sommer wehrten die Soldaten weitere Durchbruchversuche Rommels ab, bevor sie im Herbst selbst zur Gegenoffensive übergingen. Binnen Wochen vertrieben sie dann

die Achsentruppen aus ganz Ägypten und Libyen (Mallmann/Cüppers 2006: 183–196).

Die krachende militärische Niederlage Rommels resultierte auf arabischer Seite in verbreiteter Enttäuschung. Verbittert forderte auch der Mufti in seinem deutschen Exil selbst 1944 noch mehrfach die Bombardierung Tel Avivs, was die Luftwaffe aber wegen längst fehlender Reichweite nicht mehr realisieren konnte (Gensicke 1988: 230–232; Mallmann/Cüppers 2006: 190, 241f.). Mithin war die unmittelbare Bedrohung des Jischuw durch die Nationalsozialisten erfolgreich abgewehrt und ein Export des Holocaust in die Region verhindert worden. Das wiederum stellte eine nur wenig reflektierte, nichtsdestotrotz aber entscheidende Vorbedingung für die drei Jahre nach der erzwungenen Beendigung der Judenvernichtung und der bedingungslosen Kapitulation der Nationalsozialisten vollzogene Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 dar.

Verheerende Kontinuitäten

Tiefgreifend und unübersehbar hatten die drei Jahrzehnte zwischen dem Ende beider Weltkriege den Nahen und Mittleren Osten verändert. Waren Aussichten auf arabische Unabhängigkeit 1918 in der Region noch kaum absehbar gewesen, stellte sich die Situation nach 1945 vollkommen anders dar. Mit Ägypten, Jordanien, Syrien, dem Libanon und Irak waren mehrere souveräne Nationen entstanden, die sich um eine weitere Neugründung versammelten. Am 14. Mai 1948 formulierten deren Gründungsväter und -mütter in ihrer Unabhängigkeitserklärung, der Staat Israel werde „volle soziale und politische Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied der Religion, der Rasse und des Geschlechts gewähren; er wird Freiheit des Glaubens, des Gewissens, der Sprache, der Erziehung und Kultur garantieren“. Ausdrücklich war außerdem zu lesen: „Wir strecken allen Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und auf gute Nachbarschaft entgegen.“ (Zit. n. Krupp 1999: 138)

Die Angesprochenen zeigten sich bedauerlicherweise keinesfalls geneigt, die ausgestreckte Hand anzunehmen. Azzam Pascha, der Generalsekretär der 1945 gegründeten Arabischen Liga, kündigte vielmehr bereits an Tag zwei der Existenz Israels an, den jüdischen Staat unerbittlich zu bekämpfen, wobei er blutrünstig ergänzte: „Es wird ein Ausrottungskrieg und ein gewaltiges Blutbad sein, von dem man einst sprechen wird, wie von den Blutbädern der Mongolen und der Kreuzzüge.“ (Zit. n. Krupp 1999: 13)

Die unzweideutig geäußerte Vernichtungsabsicht zeugt von ideologischen Einflüssen des Nationalsozialismus mit seinem radikalen „Erlösungsantemitismus“, der im Nahen Osten während des Weltkriegs weite Verbreitung gefunden hatte, nach 1945 fatalerweise unbeschadet fortwirkte und so wiederum neue Anhängerschaften finden konnte.

Selbst unbestrittenen Nazi-Kollaborateuren gelang es daher schnell, die bisherige eigene politische Agenda weitgehend unverändert weiterzuverfolgen. So führte auch Amin al-Husseini 1946 mit seiner Rückkehr aus dem NS-Exil frühere Machenschaften fort, die nach dem Untergang des Nationalsozialismus im Nahen Osten keineswegs als anrühlich galten. Der Umstand, dass er ganz offen mit den in Europa marodierenden Völkermördern paktiert hatte, die immerhin auch einiges an Zerstörung und Leid in Ägypten, Libyen und Tunesien hinterlassen hatten, stellte dabei bezeichnenderweise kein Hindernis für die Fortsetzung seiner denkwürdigen politischen Karriere dar. Vielmehr bekleidete al-Husseini bald nach seiner Ankunft in Kairo wieder das Amt, das eigens für ihn neugegründet und reserviert worden war. Vorsitzender des „Arabischen Hohen Komitees“ konnte sich der Ex-Mufti seitdem wieder nennen, was genau dem Titel entsprach, den er während der verhängnisvollen ersten Phase des „Arabischen Aufstands“ bis 1937 geführt hatte, als er unter dieser Bezeichnung die antijüdischen und antibritischen Aktionen im Mandatsgebiet geleitet hatte. In seiner Autorität bemerkenswert unbestritten, begann er bald auch, Freiwillige für den erwarteten neuen Kampf gegen jüdisches Leben im Mandatsgebiet zu sammeln (Gensicke 1988: 252–259; Elpeleg 1993: 76–98).

Diesbezüglich ließ al-Husseini beispielsweise über sein „Arabisches Hohes Komitee“ am 8. März 1948 einen Aufruf an arabische Bewohnerinnen und Bewohner Jerusalems veröffentlichen, die eigenen Häuser zu verlassen, um ein freieres Schlachtfeld zu garantieren. „Jede Zuwiderhandlung gegen diesen Befehl“, so der O-Ton, stelle „ein Hindernis für den heiligen Krieg“ dar „und wird die Operationen der Kämpfenden in dem betreffenden Gebiet behindern“ (zit. n. Morris 1986: 82). Das deutet neben aller historischen Unstrittigkeit von Vertreibungen durch Haganah oder Irgun die eigene, arabische Mitverantwortung für die Flucht von etwa 700.000 palästinensischen Menschen aus jüdisch kontrollierten Regionen des Mandatsgebiets an. Ihre eigene Beteiligung an der Entwurzelung der Landsleute logen Verantwortliche wie al-Husseini wenig später in ein weiteres Element im palästinensischen Selbstviktimisierungsnarrativ um. Die Nakba als zentrale Erzählung von Vertreibung und Flucht überlagert seitdem wirkungsvoll das eigene historische Versagen, einmal mehr auf die Gründung eines

souveränen arabischen Staates Palästina verzichtet zu haben und ganz im Widerspruch zu allen Ankündigungen und Vorbereitungen auch nicht fähig gewesen zu sein, Israel in einem „heiligen Krieg“ gleich wieder zu vernichten.

Vielmehr gelang es dem jüdischen Staat, sich gegen die Übermacht der feindlichen Armeen durchzusetzen, militärisch die Oberhand zu gewinnen und nacheinander mit allen Gegnern Waffenstillstandsvereinbarungen abzuschließen. Während die freie Welt und ausdrücklich auch Teile des von Josef Stalin kontrollierten Ostblocks Israel diplomatisch anerkannten, ging mit dem Unabhängigkeitskrieg von 1948/49 auch eine weitere Vertreibungswelle einher, in der etwa 800.000 Jüdinnen und Juden aus der gesamten arabischen Welt ihr Zuhause verloren. Viele dieser Menschen flohen nach Israel, was die Zusammensetzung der Gesellschaft bis in die Gegenwart maßgeblich prägt. Die arabische Welt verwirklichte nur wenige Jahre nach den anti-jüdischen Verfolgungen der Nationalsozialisten in Europa eine nie dagewesene ethnische Säuberung gegen ihre eigenen jüdischen Minderheiten. Das hat die Großregion objektiv betrachtet unübersehbar ärmer gemacht und seitdem erscheint die arabische Welt nicht zuletzt auch erschreckend homogen (Bensoussan 2019; Weinstock 2019; Herf 2022).

Vielfach klingt dort seitdem noch die Vorbildfunktion der deutschen Völkermörder an. „Man darf nicht vergessen, dass Hitler, anders als in Europa, in der arabischen Welt hohe Achtung genießt. Sein Name erweckt in den Herzen unserer Bewegung Sympathie und Begeisterung.“ So brachte 1956 eine in Damaskus erscheinende Zeitung der islamistischen Muslimbrüder die ideologischen Kontinuitäten auf den Punkt (zit. n. Wistrich 1987: 315). Den eigentlichen Grund für die Begeisterung benannte wiederum die jordanische *Jerusalem Times* unmittelbar vor dem Beginn des Prozesses gegen Adolf Eichmann in Jerusalem. Zu dessen Wirken beim Völkermord wurde unterstrichen, er habe „der Menschheit einen wirklichen Segen“ erwiesen, woran sich die unverhohlene Ankündigung anschloss, der von den Nationalsozialisten in Europa realisierte Holocaust würde „eines Tages mit der Liquidierung der verbliebenen sechs Millionen [...] seinen Abschluss finden“ (zit. n. Wistrich 1987: 334).

Derart abstoßende Äußerungen, deren Provenienz eher aus der neonazistischen Ecke vermutet werden könnte, stellen keine singulären Ausnahmen dar, sondern verweisen auf die Qualität eines in der Region kursierenden Judenhasses, der historisch mit der Adaption des nationalsozialistischen „Erlösungsantisemitismus“ und einhergehender intensiver Beziehungen zwischen Berlin und Radikalen wie al-Husseini aufkam und

letztlich weite Verbreitung gefunden hat. Spätere Führer der palästinensischen Nationalbewegung haben sich davon nie distanziert, sondern sich im Gegenteil ausdrücklich dazu bekannt. PLO-Chef Jassir Arafat etwa äußerte sich noch 2002 folgendermaßen:

Haben sie es fertiggebracht, unseren Helden Amin al-Husseini beiseite zu schieben? [...] Es gab zahlreiche Versuche, Haj Amin loszuwerden, den sie als einen Verbündeten der Nazis betrachteten. Und trotz alledem lebte er doch in Kairo, nahm am Krieg von 1948 teil, und ich war einer seiner Soldaten. (Zit. n. Tarach 2016: 95f.; siehe auch Kiernan 1976)

Gegen solche positiv hervorgehobenen Kontinuitätslinien und die realen historischen Grundbedingungen hatte Abdel Razek Kader, ein bezeichnenderweise ins Exil gezwungener arabischer Schriftsteller, bereits 1969 in beeindruckender Weise eingewandt:

Die Nationalisten der Nachbarländer Israels [...] wissen sehr wohl, dass die sumpfigen Ebenen und steinigen Anhöhen zu Beginn dieses Jahrhunderts und in den Tagen des britischen Mandats von ihren Vätern oder Onkeln an die Zionisten verkauft wurden, für Gold, für dasselbe Gold, das oft am Anfang ihrer politischen oder kommerziellen Laufbahn gestanden hat. Die nomadischen oder halbnomadischen Landbewohner in den Grenzgebieten wissen sehr wohl, wie die jetzt so grünen Ebenen, die bewaldeten Anhöhen und blühenden Täler des heutigen Israel früher ausgesehen haben. Die Palästinenser, die heute als Flüchtlinge in den Nachbarländern leben und zur Zeit ihrer Flucht schon erwachsen waren, wissen dies sehr wohl. Und keiner antizionistischen Propaganda [...] wird es gelingen, eine Tatsache aus ihrem Gedächtnis zu verbannen: dass ihre heutigen nationalistischen Ausbeuter die würdigen Söhne ihrer feudalen Ausbeuter von gestern sind, und dass die Dornen auf ihrem Lebensweg nicht jüdischen, sondern arabischen Ursprungs sind. (Zit. n. Aumann 1977: 24)

In Kenntnis solcher Stimmen bedeutet echte Empathie mit den vom Nahostkonflikt betroffenen Menschen, einerseits Israelis gegen israelbezogenen Antisemitismus zu verteidigen und andererseits palästinensische Menschen vor eigenen politischen Führern in Schutz zu nehmen, solange diese sie nur als Manövriermasse missbrauchen. Versuche eines solchen, existenziellen Schutzes vor diesem langanhaltenden, unmenschlichen Missbrauch wären auch möglich, wenn mit der immanenten Logik der Konfliktwahrnehmung endlich gebrochen werden würde.

Kurz nach dem 7. Oktober 2023 skandierten junge, nur vermeintliche Palästina-Freundinnen und -Freunde anlässlich einer Sitzblockade vor dem Berliner Auswärtigen Amt die Parole „Free Palestine from German Guilt“. Damit unterstellten diese reichlich Verirrten, eine Abkehr von deutscher Erinnerungskultur nach dem Holocaust mit der damit einhergehenden Nähe zu Israel würde ein „freies“ Palästina bedingen. Tatsächlich könnte die Parole aber in ganz anderer Auslegung sehr wohl ernst- und als Verpflichtung angenommen werden: Dann nämlich würde der Wortlaut bedeuten, dass im Bewusstsein der Virulenz eines fortwirkenden, nationalsozialistisch geprägten „Erlösungsantisemitismus“ im Nahostkonflikt alle derartigen Anzeichen ernst genommen und entschieden bekämpft werden müssen.

Damit würde ein lebenswertes, weltoffenes Palästina an der Seite Israels eine echte Chance bekommen. Auf israelischer Seite würde das selbstverständlich auch entsprechende Bereitschaft erfordern, die breite gesellschaftliche Mehrheiten aber zur Genüge bewiesen haben. Viel richtungsweisender bräuchte es jedoch eine palästinensische Gesellschaft, die endlich eigene Geschichte kritisch reflektiert, sich in direkter Konsequenz von Maximalforderungen verabschiedet, Kompromissbereitschaft beweist, sich damit entschieden von den ersten einhundert Jahren palästinensischer Nationalbewegung distanziert und so glaubwürdige Schritte in eine zivilisierte Zukunft wagt.

Literatur

- ADAP – Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (1974): Serie E, Bd. 3, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Asseburg, Muriel (2024): Palästina und die Palästinenser: Eine Geschichte von der Nakba bis zur Gegenwart, München: C.H.Beck.
- Aumann, Moshe (1977): Grundbesitz in Palästina 1880–1948, Jerusalem: Isratypeset.
- Bartov, Omer/Browning, Christopher R./Caplan, Jane/Dwork, Debóra/Feldman, David et al. (2023): An Open Letter on the Misuse of Holocaust Memory, 30.11.2023, <https://www.nybooks.com/online/2023/11/20/an-open-letter-on-the-misuse-of-holocaust-memory/>.
- Bauer, Yehuda (1970): From Diplomacy to Resistance. A History of Jewish Palestine 1939–1945, Philadelphia: Jewish Publication Society of America.
- Bensoussan, Georges (2019): Die Juden der arabischen Welt. Die verbotene Frage, Berlin/Leipzig: Hentrich & Hentrich.
- Bethell, Nicholas (1979): Das Palästina-Dreieck. Juden und Araber im Kampf um das britische Mandat 1935–1948, Berlin: Propyläen.

- Bowden, Tom (1975): The Politics of the Arab Rebellion in Palestine 1936–1939, in: *Middle Eastern Studies*, 11, 147–174.
- Brenner, Michael (2019): *Geschichte des Zionismus*, München: C.H.Beck.
- Browning, Christopher (2003): Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942. Mit einem Beitrag von Jürgen Matthäus, Berlin: Propyläen.
- Carpi, Daniel (1983): The Mufti of Jerusalem, Amin el-Husseini, and His Diplomatic Activity during World War II (October 1941 – July 1943), in: *Studies in Zionism*, 7, 101–131.
- Cohen, Hilel (2008): *Army of Shadows. Palestinian Collaboration with Zionism, 1917–1948*, Berkeley: University of California Press.
- Cohen, Michael J./Kolinsky, Martin (1992): *Britain and the Middle East in the 1930s. Security Problems, 1935–1939*, London: Macmillan.
- Cüppers, Martin (2005): *Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandostab Reichsführer SS und die Judenvernichtung 1939–1945*, Darmstadt: wbg.
- Cüppers, Martin (2013a): *Walther Rauff – In deutschen Diensten. Vom Naziverbrecher zum BND-Spion*, Darmstadt: wbg.
- Cüppers, Martin (2013b): Freundschaft oder Staatsräson? Die deutsche Vergangenheit und das Verhältnis zu Israel, in: Cüppers, Martin/Matthäus, Jürgen/Angrick, Andrej (Hg.): *Naziverbrechen. Täter, Taten, Bewältigungsversuche*, Darmstadt: wbg, 350–365.
- DGK – Deutsches Generalkonsulat Jerusalem (1938): *DGK Jerusalem an Auswärtiges Amt, 14.09.1938, PAAA, R 104790*.
- Elbe, Ingo (2024): *Antisemitismus und postkoloniale Theorie. Der „progressive“ Angriff auf Israel, Judentum und Holocausterinnerung*, Berlin: Edition Tiamat.
- Elpeleg, Zvi (1993): *The Grand Mufti. Haj Amin al-Hussaini, Founder of the Palestinian National Movement*, London: Frank Cass.
- Fischer-Weth, Kurt (1943): *Amin al-Husseini. Großmufti von Palästina*, Berlin: Titz.
- Flores, Alexander (2012): The Arabs as Nazis? Some Reflections on „Islamofascism“ and Arab Anti-Semitism, in: *Die Welt des Islams*, 52, 450–470.
- Fraser, Thomas G. (2009): *Chaim Weizmann: The Zionist Dream*, London: Haus Publishing.
- Friedländer, Saul (2000): *Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933–1939*, München: C.H.Beck.
- Gensicke, Klaus (1988): *Der Mufti von Jerusalem, Amin el-Husseini, und die Nationalsozialisten*, Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Grigat, Stephan (2023): Kritik des Antisemitismus heute. Zur kritischen Theorie antijüdischer Projektionen, der Persistenz des Antizionismus und der aktuellen Gefahr des islamischen Antisemitismus, in: Grigat, Stephan (Hg.): *Kritik des Antisemitismus in der Gegenwart. Theorien – Erscheinungsformen – Bekämpfung*, Baden-Baden: Nomos, 11–48.

- Häußler, Johannes/Hecht, Cornelia/Lutum-Lenger, Paula/Rommel, Manfred/Schnabel, Thomas (2008): *Mythos Rommel*. Katalog zur Sonderausstellung, 18. Dezember 2008 bis 30. August 2009, Haus der Geschichte Baden- Württemberg, Stuttgart: Haus der Geschichte Baden-Württemberg.
- Herf, Jeffrey (2009): *Nazi Propaganda for the Arab World*, New Haven: Yale University Press.
- Herf, Jeffrey (2022): *Israel's Moment. International Support for and Opposition to Establishing the Jewish State, 1945–1949*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Hirszowicz, Łukasz (1966): *The Third Reich and the Arab East*, London/Toronto: Routledge.
- Hurewitz, Jacob Coleman (1950): *The Struggle for Palestine*, New York: Schocken.
- Jochmann, Werner (Hg.) (1980): *Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims*, Hamburg: KNAUS.
- Jorda, Iwo (1943): *Araber-Aufstand. Erlebnisse und Dokumente aus Palästina*, Wien: Braunmüller.
- Katakura, Motoko/Hurewitz, Jacob Coleman (1977): *Bedouin Village: A Study of a Saudi Arabian People in Transition*, Tokio: University of Tokyo Press.
- Karsh, Efraim (2007): *Imperialismus im Namen Allahs. Von Muhammad bis Osama Bin Laden*, München: DVA
- Khoury, Philip Shukry (1987): *Syria and the French Mandate. The Politics of Arab Nationalism 1920–1945*, Princeton: Princeton University Press.
- Kiernan, Thomas (1976): *Arafat. The man and the myth*, New York: Norton.
- Koestler, Arthur (1949): *Promise and Fulfilment. Palestine 1917–1949*, New York: Macmillan.
- Kolinsky, Martin (1992): *The Collapse and Restoration of Public Security*, in: Cohen, Michael J./Kolinsky, Martin (Hg.): *Britain and the Middle East in the 1930's. Security Problems, 1935–39*, 147–168.
- Krupp, Michael (1999): *Die Geschichte des Staates Israel. Von der Gründung bis heute*, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.
- Küntzel, Matthias (2019): *Nazis und der Nahe Osten. Wie der islamische Antisemitismus entstand*, Berlin/Leipzig: Hentrich & Hentrich.
- Kupferschmidt, Uri M. (1987): *The Supreme Muslim Council. Islam under the British Mandate for Palestine*, Leiden/Boston: Brill.
- Lewis, Bernard (1987): *„Treibt sie ins Meer!“ Die Geschichte des Antisemitismus*, Frankfurt am Main/Berlin: Ullstein.
- Lewis, Bernard (2003): *Die Wut der arabischen Welt. Warum der jahrhundertelange Konflikt zwischen dem Islam und dem Westen weiter eskaliert*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Lia, Brynjar (1998): *The Society of the Muslim Brothers in Egypt. The Rise of an Islamic Mass Movement 1928–1942*, Reading: Ithaca Press.
- Mallmann, Klaus-Michael/Cüppers, Martin (2006): *Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina*, Darmstadt: wbg.

- Matthäus, Jürgen (2003): Das „Unternehmen Barbarossa“ und der Beginn der Judenvernichtung, Juni-Dezember 1941, in: Browning, Christopher: Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942, Berlin: Propyläen, 360–448.
- Morris, Benny (1986): Operation Dani and the Palestinian Exodus from Lydda and Ramle in 1948, in: Middle East Journal, 40(1), 82–109.
- Morris, Benny (2001): Righteous Victims. A History of the Zionist-Arab Conflict, 1881–2001, New York: Vintage Books.
- NYT – New York Times (o. A.) (1938): Palestine Rebels Rout Opponents, 15.10.1938, 5.
- OKW – Oberkommando der Wehrmacht (1941): OKW/ WFSt/Abt.L an OKW/Ausl/Abw, 07.01.1941, PAAA, BA 61179.
- Porath, Yehoshua (1971): Al-Hājj Amin Al-Husayni, Mufti of Jerusalem – His rise to power and the consolidation of his position, in: Asian and African Studies, 7, 121–156.
- Porath, Yehoshua (1974): The Emergence of the Palestinian-Arab National Movement 1918–1929, London: Routledge.
- Porath, Yehoshua (1977): The Palestinian Arab National Movement. From Riots to Rebellion, 1929–1939, London: Routledge.
- Schattenfroh, Franz (1940): Britenfaust und Judengeist. Eine Reise durch Aegypten und Palästina im Schatten des Krieges, Berlin: Ullstein.
- Schechtman, Joseph B. (1965): The Mufti and the Fuehrer. Rise and Fall of Haj Amin el-Husseini, New York: T. Yoseloff.
- Schiller, David Th. (1982): Palästinenser zwischen Terrorismus und Diplomatie. Die paramilitärische palästinensische Nationalbewegung von 1918 bis 1981, München: Bernard & Graefe.
- Segev, Tom (2005): Es war einmal ein Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels, München: Pantheon.
- Sykes, Christopher (1967): Kreuzwege nach Israel. Die Vorgeschichte des jüdischen Staates, München: C.H.Beck.
- Tarach, Tilman (2016): Der ewige Sündenbock. Heiliger Krieg, die „Protokolle der Weisen von Zion“ und die Verlogenheit der sogenannten Linken im Nahostkonflikt, Berlin: Edition Telok.
- Wasserstein, Bernard (1978): The British in Palestine. The Mandatory Government and the Arab-Jewish Conflict 1917–1929, London: Royal Historical Society.
- Weinstock, Nathan (2019): Der zerrissene Faden. Wie die arabische Welt ihre Juden verlor. 1947–1967, Freiburg: ça ira.
- Wistrich, Robert (1987): Der antisemitische Wahn. Von Hitler bis zum Heiligen Krieg gegen Israel, München: Max Hueber.